

Kurt Georg Kiesinger – Kanzler der Großen Koalition*

Von Klaus Hildebrand

I.

Jedem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland kann, ohne dass sein Wirken darin auch nur im entfernten aufgehen würde, ein schlagwortartiges Prädikat zugeordnet werden: Konrad Adenauer und die Westintegration; Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft; Willy Brandt und die Ostpolitik; Helmut Schmidt und die Staatsvernunft; Helmut Kohl und die Wiedervereinigung.

In diesem Sinne sind die Persönlichkeit und Politik Kurt Georg Kiesingers auf das engste an die Existenz der Großen Koalition gebunden. Das ist jene bis heute in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr wiederholte Spielart eines Regierungsbündnisses, das im Jahr 1966 zwischen Union und Sozialdemokratie gebildet wurde, das sich bis 1969 als Experiment bewährt hat, das gleichwohl bei nicht wenigen Repräsentanten des westdeutschen Staates unbeliebt war und das trotz unbestreitbarer Erfolge rasch in Vergessenheit geraten ist. Wer war Kurt Georg Kiesinger, der, vor nunmehr 100 Jahren geboren, an die Spitze eines ganz und gar ungewöhnlichen Kabinetts trat, das manch einem sogar als widernatürlich vorkam?

Nun, in die Politik war der nachmalige Bundeskanzler wie so mancher andere aus seiner Generation eher zufällig geraten. An der Wiege jedenfalls war ihm die Karriere seines Lebens nicht gerade gesungen worden. Seine Eltern lebten in bescheidenen Verhältnissen, als er am 6. April 1904 im schwäbischen Ebingen geboren wurde. Aus seiner Heimat, der er zeit seines Lebens verbunden blieb, führte ihn der Weg zum Studium der Rechtswissenschaft nach Berlin. Dort fand er Zugang zu dem Kreis des katholischen Sozialreformers Carl Sonnenschein, der sein Denken maßgeblich beeinflusst und mit dem ihn eine langjährige Freundschaft verbunden hat: Spätestens unter dem Eindruck dieser frühen Erfahrungen war dem bei einer katholischen Studentenverbindung Korporierten jene Gestalt eines Kapitalismus fremd und zuwider, der, ohne seine soziale Verpflichtung anzuerkennen, über die Auswirkungen

* Vortrag, gehalten aus Anlass des 100. Geburtstages von Kurt Georg Kiesinger (1904–1988) in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 2. April 2004. – Die Anmerkungen sind auf den Nachweis der Zitate beschränkt.

marktbedingter Armut einfach so lange hinwegzusehen versucht, bis er buchstäblich in die Gefahr gerät, über Leichen zu gehen.

Nach Ablegung der staatlichen Prüfungen bestritt Kurt Georg Kiesinger seinen Lebensunterhalt durch Abhaltung juristischer Privatkurse, in denen er, als Repetitor, Studenten auf das Examen vorbereitete – eine Tätigkeit, der er ausgesprochen gerne nachgegangen ist und die er neben seinen hauptberuflichen Verpflichtungen auch weiterhin beibehalten hat, bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und noch eine Zeitlang darüber hinaus. Von der 1933 an die Macht gekommenen nationalsozialistischen »Bewegung« erwartete er einen Aufschwung für das arg daniederliegende Vaterland, ein inzwischen schwierig gewordener Begriff, den die große Mehrheit seiner Generation damals allerdings noch ganz unbefangen zu benutzen pflegte. Gegen Ende Februar des »annus terribilis« entschloss er sich sogar zum Eintritt in die NSDAP und wurde vom 1. Mai an als Parteimitglied geführt.

Doch schon ein Jahr darauf, im Zusammenhang mit den blutigen Begebenheiten des sog. »Röhm-Putsches«, als der totalitäre Staat Recht und Gesetz ruchlos beugte, wurde ihm »klar«, wie es in seiner rückschauenden Betrachtung heißt, »daß ich in Zukunft jeden Kontakt zu Vertretern dieses verbrecherischen Regimes sorgfältig meiden mußte«¹. Fortan war Kurt Georg Kiesinger darum bemüht, sich auf eine weitgehend formale Zugehörigkeit zur NSDAP zu beschränken; die kurzlebige Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps (NSKK) blieb Episode. Er ließ sich als freiberuflich tätiger Rechtsanwalt nieder, ohne – unter Inkaufnahme der damit einhergehenden Nachteile – in die entsprechende Standesorganisation des »Dritten Reiches«, den »Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund«, einzutreten. Aus bildungsbürgerlicher, humanitärer Abneigung hielt er Distanz zum Regime und versuchte, wie so mancher andere auch, mit Anstand zu überleben.

1940 nutzte Kurt Georg Kiesinger, der damit dem Soldatendienst in der Wehrmacht zu entgehen vermochte, die sich bietende Gelegenheit und trat als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in die neu eingerichtete »Kulturabteilung Rundfunk« des Auswärtigen Amts ein; dort stieg er auf und bekleidete schließlich die Position des stellvertretenden Leiters der Rundfunkpolitischen Abteilung. Seine Gesinnung, seine Äußerungen und sein Handeln trugen dazu bei, dass er im November 1944 von einem Angehörigen dieser Behörde mit den Vorwürfen des Defätismus, der »liberalistischen« Weltanschauung und der Gegnerschaft zur »antijüdischen Aktion« bei der SS denunziert worden ist: Das entsprechende Dokument des Reichssicherheitshauptamtes, von dessen Existenz der Beschuldigte selbst damals gar nicht wusste, sollte im Zusam-

1 Kurt Georg KIESINGER, *Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958*, hg. v. Reinhard SCHMOECKEL, Stuttgart 1989, S. 175.

menhang mit seiner Bestellung zum Kanzlerkandidaten der Union Jahrzehnte später eine diesen Vorgang fördernde Rolle spielen.

Obwohl Kurt Georg Kiesinger ohne Zweifel zu keiner Zeit ein überzeugter »Nazi« gewesen ist, gehörte er doch zu der großen Zahl derjenigen, die in eine problematische Nähe zur totalitären Tyrannis geraten waren: »Er wußte besser als alle anderen«, beschreibt der ihm eng verbundene Günther Diehl Kiesingers rückblickende Empfindungen, »daß er Kompromisse mit dem Regime geschlossen hatte«.² Daher trifft nicht nur im Hinblick auf sein glückliches Überleben angesichts der Denunziation, die ihn im vorletzten Kriegsjahr in existentielle Gefahr gebracht hatte, sondern weit darüber hinaus auf sein Schicksal im Hitlerreich überhaupt zu, was er am Ende seiner Tage in die schlichten Worte gefasst hat: »Ich war davongekommen«.³ Diese Tatsache mit Erleichterung feststellen zu können, bedeutete aber gleichzeitig einsehen zu müssen, dass selbst noch ein solches Davonkommen mit Schuld bezahlt wird: Totalitäre Regime lassen nun einmal zum Schuldigwerden kaum Alternativen übrig, es sei denn diejenige, mit Heldenmut, ja mit Todesverachtung Widerstand gegen die Unterdrücker zu leisten.

Daher bedurfte es auch der entschiedenen Initiativen von seiten solcher Persönlichkeiten, die über jeden Verdacht erhaben waren, um Kiesinger am Jahresende 1966 dazu zu bewegen, die neue Aufgabe als Bundeskanzler zu übernehmen. Allen voran überzeugten ihn Karl Marx, der Herausgeber der »Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland«, und Propst Heinrich Grüber, einer der mutigen Männer im Kampf gegen Hitlers Antisemitismus, davon, sich angesichts der Last der Vergangenheit der Herausforderung der Gegenwart auf gar keinen Fall zu entziehen. In der SPD-Fraktion wurde damals, als Kurt Georg Kiesingers umstrittene Vergangenheit im November 1966 leidenschaftlich debattiert wurde, an die frühe, zeitgenössisch nicht untypische Einschätzung Kurt Schumachers erinnert, der darauf bestanden hatte, »wer sich nichts weiter habe zuschulden kommen lassen, als einer NS-Organisation anzugehören, könne in der SPD mitarbeiten«.⁴ In der Tat: Kurt Georg Kiesinger hat sich, wie Richard von Weizsäcker es in seiner Rede auf den verstorbenen Bundeskanzler am 18. März 1988 umschrieben hat, »um das Schwerste bemüht, nämlich aus der Geschichte zu lernen«⁵ und blieb gleichwohl zeit seines Lebens mit den dadurch nicht zu tilgenden Anfechtungen und Vorhaltungen, Selbstzweifeln und Vorwürfen konfrontiert.

2 Günter DIEHL, *Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969*, Frankfurt/M. 1994, S. 383.

3 KIESINGER, *Dunkle und helle Jahre* (wie Anm. 1), S. 254.

4 Hartmut SOELL, *Helmut Schmidt 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft*, München 2003, S. 571.

5 Richard von WEIZÄCKER, *Abschied von Kurt Georg Kiesinger. Staatsakt in Stuttgart*, in: BPA, *Bulletin* Nr. 41 vom 23. März 1988, S. 341.

II.

Nach Kriegsende führte ihn der Weg, von Gebhard Müller, dem späteren Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg geebnet, in die CDU. Dort übernahm er in zügiger Folge diverse Aufgaben und Ämter; vor allem im Parlament avancierte er, rasch und beeindruckend, zu einem, zumal wenn es um Fragen der Außenpolitik ging, überzeugungsmächtigen Debattenstar. Immer wieder war davon die Rede, dass er als einer derjenigen, die das westdeutsche »Notgebilde«⁶ von Beginn an mit aufgebaut hatten, wohl bald ein Ministeramt übernehmen werde. Doch ein um das andere Mal wurde nichts aus den hochgemuten Hoffnungen. Kurt Georg Kiesingers Stunde schlug erst im Jahr 1958, als ihn das Angebot erreichte, in Stuttgart Ministerpräsident zu werden: Diesem Ruf ist er ausgesprochen gerne gefolgt.

Ein Mann verließ Bonn, der nie im Geruch gestanden hatte, ein verbissener Parteipolitiker zu sein. Vielmehr umgab ihn immer ein Hauch von Überparteilichkeit. Gerade das prädestinierte ihn für seine Position als Landesvater in Baden-Württemberg. Von andauernder Bedeutung aber blieb sein weit über alle Bonner Querelen hinaus durchgehend gutes Verhältnis zu Herbert Wehner, das für die Entscheidungslage im Herbst 1966 Bedeutung erlangen sollte: Erst einmal telegraphierte, als Kiesinger 1958 die hauptstädtische Szene verließ, um das Amt des Regierungschefs in Stuttgart zu übernehmen, Wehner, lakonisch und nobel in einem, wenn auch gewiss nicht ohne eine verständliche Spur von politischer Berechnung, zum Abschied des von ihm offensichtlich Geschätzten: »Bonn wird ärmer«.⁷

Als Ministerpräsident von Baden-Württemberg schrieb der in seine Heimat zurückgekehrte Schwabe eine ausgesprochene Erfolgsgeschichte. Seine landespolitischen Leistungen lagen nicht zuletzt in der Zusammenführung des von ihm ja von Anfang an maßgeblich mitgestalteten Südweststaates, dessen Entstehung durch seine Bonner Initiative vom Jahr 1951 wesentlich vorangebracht worden war, sowie in der Förderung von Kultur und Wissenschaft, die sich in der Gründung sowie im Ausbau der Universitäten Konstanz, Ulm und Mannheim niederschlug.

Erfolgreich, populär und weltläufig, wie er war, zudem vergleichsweise unberührt von den Bonner Auseinandersetzungen und Intrigen, holte die Union ihn dann, zwar nicht gerade wie Cincinnatus vom Acker, aber doch als Retter aus der Provinz, um 1966 die gar nicht mehr zu verkennende Regierungs- und

6 Rüdiger ALTMANN, *Der Verdacht, ein Staat zu sein*, in: *Zensuren nach 20 Jahren Bundesrepublik*, erteilt von Rüdiger ALTMANN, Köln 1969, S. 11.

7 Zit. nach Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4), Stuttgart 1984, S. 250.

Parteikrise zu lösen. Er schien dafür geeignet zu sein, und man sollte sich darin alles in allem nicht getäuscht haben. Seiner Aufgabe für Staat und Partei wurde er insgesamt so weit gerecht, wie dies eben möglich war. Denn man darf auf keinen Fall die ungünstige Ausgangsposition aus dem Auge verlieren oder die mit der Übernahme der neuen Pflichten verbundenen Risiken gering schätzen.

Gewiss, Kurt Georg Kiesinger war ein politischer Routinier, mit den Aufgaben eines Regierungschefs vertraut und an die Schwierigkeiten einer Koalitionsregierung gewöhnt, hatte er doch zeitweise in Stuttgart ein Allparteienkabinett geführt. Gleichwohl ging er ein ganz unbestreitbar großes Wagnis ein. Denn es war nun einmal nicht vorauszusehen, wie sich die aus zwei gleich starken Kräften bestehende Große Koalition anlassen würde. Bereits die Zusammensetzung des mächtigen Zweckverbandes ließ auf einen Blick erkennen, welche Möglichkeiten dieses von Talentfülle geradezu berstende Kabinett tatsächlich bot, aber auch welche Gegensätze, ja welche Sprengkräfte darin vereinigt waren. Mit Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt, Männern von sehr unterschiedlichem Temperament und Wesen, saßen die maßgeblichen Repräsentanten bzw. Vorsitzenden der CDU und der SPD am Kabinettstisch. Jede der beiden großen Parteien würde für sich die limitierte Partnerschaft mit der anderen von Anfang an auch als milde, ja raffinierte Form der Bekämpfung des politischen Gegners praktizieren: Das war die von Horst Ehmke einmal so genannte »Strategie des begrenzten Konflikts«⁸, die zum Profil der Großen Koalition, wie übrigens auch jeder anderen aus eigenständigen Kräften zusammengesetzten Regierung, einfach gehören mußte.

Über den Tag hinaus wichtig wurde das Zusammenwirken zwischen Kanzler und Vizekanzler jedoch deshalb, weil sich ein ehemaliges Mitglied der NSDAP und der so lange scheinbar angesehene Emigrant trotz mancher persönlicher Abneigung doch gegenseitig Ehrenhaftigkeit testierten. Mehr noch: Das politische Spektrum der jüngeren deutschen Geschichte fand in diesem heterogenen Bündnis auch dadurch seinen Niederschlag, dass einer der starken Männer der SPD, der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, ein ehemaliger kommunistischer Funktionär war. Sieht man einmal von den Biographien ausgesprochener Täter ab, die durch ihre gewollte Bösartigkeit für die »Weltungeheuerlichkeit« (Robert Musil) des zurückliegenden Jahrhunderts verantwortlich geworden sind und ihre persönliche Schuld zu tragen haben, dann waren in der Regierung der Großen Koalition zutiefst widersprüchliche Karrieremuster der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert versammelt.

In der Riege dieses »Überkabinetts«, mit den Ministern Strauß und Schiller an der Spitze, das an Farbigkeit und Begabung kaum zu übertreffen war, än-

8 Zit. nach Heribert KNORR, *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluss der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition*, Meisenheim/Glan 1975, S. 147.

derte sich der Regierungsstil infolge der gründlich gewandelten Konstellation ganz erheblich. Daher sind auch nicht wenige der oft abfällig klingenden, am Maßstab der Adenauerschen »Kanzlerdemokratie« gemessenen Urteile über Kurt Georg Kiesinger sachlich kaum zutreffend. Der neue Bundeskanzler konnte im Rahmen einer Großen Koalition nun einmal nicht so regieren, wie der alte Herr das einst getan hatte. Und vieles, was auf den ersten Blick wie Schwäche und Zaudern aussah, war auch Bestandteil eines wohl überlegten und geschickt praktizierten Vorgehens des nunmehr für alles Verantwortlichen im Kanzleramt.

In der Großen Koalition musste es noch weit schwieriger sein als in anders konstruierten Regierungsbündnissen, ja es war in ihr als Regelfall gar nicht praktikabel, durch Mehrheitsbeschlüsse zu Entscheidungen zu gelangen. Der Bundeskanzler war in der Tat, wie Conrad Ahlers es einmal gekennzeichnet hat, ein »wandelnder Vermittlungsausschuß«⁹. In der veröffentlichten Meinung oft hämisch aufgenommen und kommentiert, traf diese salopp hingeworfene Bemerkung ohne Zweifel den Kern der Sache. Sie deutete an, was Kurt Georg Kiesinger, um überhaupt regieren zu können, tagtäglich zu leisten hatte. Denn »die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers«, so hielt Helmut Schmidt es in nüchterner Vorausschau den Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion bereits im November 1966 vor Augen, »sollte man innerhalb einer großen Koalition nicht überschätzen. Es gibt keine Richtlinien gegen Brandt und Wehner«.¹⁰

Der Kanzler dieses Kabinetts musste vielmehr bestrebt sein, innerhalb der manchmal arg engen Grenzen des Möglichen mit seinem Koalitionspartner immer wieder aufs neue einen Ausgleich zu finden und vor allem einen Bruch des Superbündnisses zu verhindern. Denn ein solches Ende hätte, zumindest zeitweise in den Jahren zwischen 1966 und 1969, seiner Partei, darüber hinaus aber wohl auch dem Staat zu beträchtlichem Schaden gereicht. Das ungewöhnlich große Vertrauen der Bevölkerung gerade zu dieser Regierung wäre gewiss schwerwiegender als im Falle des Zerbrechens anderer Koalitionen erschüttert worden. Dass der Kompromiss daher in immer wieder neuen Varianten das Lebens- und Bewegungsgesetz der Großen Koalition bestimmt, ja ihre Räson in weit höherem Maße beschrieben hat, als das für andere Regierungsbündnisse zutreffend ist, liegt auf der Hand.

Was allerdings auf diesem Weg der einvernehmlichen Entscheidungsfindung nicht zu erreichen war, wurde für die schwarz-roten Partner zu einem

⁹ EBD., S. 219.

¹⁰ Fraktionssitzung vom 26./27. November 1966 in: *Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966* (bearb. v. Heinrich POTTHOFF), 2. Hbd. 73.–167. Sitzung 1964–1966 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe: *Deutschland seit 1945*, Bd. 8/III), Düsseldorf 1993, S. 1053.

unverdaulichen Thema und warf umgehend die Existenzfrage auf. Daher mussten solche Probleme, solange am Erhalt dieser politischen Vernunftfehe Interesse bestand, einfach ausgeklammert werden. Der so oft bewitzelte Terminus des »Ausklammerns«, der Kiesinger nicht selten vorwurfsvoll entgegengehalten wurde, definierte im Grunde ein elementares Überlebensgesetz für die Große Koalition. Realistisch und nüchtern hat Kurt Georg Kiesinger diese Tatsache keinen Augenblick lang verkannt. Daher konnte und sollte die neue Regierung, für eine befristete Zeit als Notlösung gebildet, auch nicht der Auftakt zu einer Genieperiode werden. Vorläufig musste sie nämlich als Reparaturwerkstatt dienen. Für Kurt Georg Kiesinger ging es erst einmal darum, das in Mitleidenschaft gezogene Gemeinwesen zu stärken und natürlich auch der arg gebeutelten CDU wieder auf die Beine zu verhelfen. Dass der große Partner, die bislang in der Opposition stehende SPD, gleichfalls nicht allein selbstlos gute Dienste leisten, sondern daraus ihre Vorteile ziehen würde, war dem Kanzler dabei klar – viel klarer übrigens, als so manchem Mitglied seiner Fraktion.

III.

Kurt Georg Kiesingers Regierung der Großen Koalition »hat unter den Phasen der Geschichte der Bundesrepublik wohl das merkwürdigste Schicksal gehabt. Zu ihren Lebzeiten weitgehend, ja, in nachgerade spektakulärer Weise verkannt, weil von den an das englische Modell – auch da mehr an dessen papierenen Lehrbuch-Abriß als seine Wirklichkeit – geklammerten Kritikern als Sündenfall gegeißelt, ist sie mit ihrem Ende fast vollständig in Vergessenheit geraten«¹¹. Warum ist dieses Urteil des mit den 60er Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts gut vertrauten Publizisten Hermann Rudolph so zutreffend?

Eine ganze Reihe von Gründen, die diesen offensichtlichen Verdrängungsfall erklären können, lässt sich aufzählen. Die breite Masse der Bevölkerung, in der die Große Koalition anders als in den meinungsbildenden Kreisen von Anfang bis Ende populär war, hegte dieser Regierung gegenüber sehr hohe, zu hohe Erwartungen. Denn von diesem Kabinett der starken Persönlichkeiten erwarteten viele, ähnlich wie bei dem Ruf nach der Gestalt des Retters in krisenhafter Zeit, eine umfassende Lösung aller nur denkbaren Probleme. Was aber zum Beispiel die immer wieder erhobene Forderung nach einer Neugründung der Republik in verfassungs- und außenpolitischer Hinsicht angeht, so

11 Hermann RUDOLPH, »Verkanntes Bündnis mit großen Folgen. Die Reden Kiesingers erinnern an die Große Koalition. Reformersische Grundstimmung. Nutzen für die SPD?«, in: FAZ vom 14. Februar 1980 (Rezension zu Dieter OBERNDÖRFER (Hg.), *Kurt Georg Kiesinger. Die Große Koalition 1966–1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers*, Stuttgart 1979).

vermochte die Große Koalition als eine Übergangsregierung, die sie von Anfang an zu sein vorhatte, dazu nur, ohne definitive Entscheidungen fällen zu können, vorbereitende Beiträge zu leisten. Deren Folgen machten sich erst längerfristig bemerkbar. Sie wirkten eher unterschwellig und sorgten für ein Klima der Veränderungsbereitschaft, äußerten sich dagegen weniger in spektakulären Vorgängen oder dramatischem Wandel.

Zu den bemerkenswerten Ergebnissen dieser von Kurt Georg Kiesinger geführten Interessengemeinschaft aus Union und Sozialdemokratie gehört aber eine gar nicht zu übersehende Bewährung, ja Stärkung des politischen Systems: Für die neue Demokratie der Bundesrepublik lieferte die Große Koalition den Beweis der Krisentauglichkeit, ihre ausnahmehafte Erscheinung gehört mithin zur normalen Existenz des Parlamentarismus. Und so manches leidenschaftliche Plädoyer gegen das argwöhnisch beäugte Experiment dieser unorthodoxen Kooperation klingt nachträglich wie ein schlichter Unkenruf. Diese Regierung fiel aber auch deshalb so bald der Vergessenheit anheim, weil die beiden großen Parteien die Erinnerung an sie irgendwie zu verdrängen bemüht waren. Für die CDU/CSU brachte die Große Koalition etwas mit sich, was für die seit 20 Jahren Regierenden verständlicherweise schwer zu verarbeiten war. Das schwarz-rote Bündnis markierte nämlich, vorerst jedenfalls, die letzte Etappe ihrer Herrschaft. Und die SPD, die zwar nicht, wie zuweilen behauptet wird, durch ihren Eintritt in die Große Koalition über Gebühr üppigen Wählerzulauf erzielte, alles in allem aber aus ihrer Mitwirkung an der Regierung unverkennbaren Nutzen zog, besitzt ein seltsam zwiespältiges Verhältnis zu dieser in gewissem Sinne geschichtsmächtigen Episode. In der Partei lebte nämlich, teilweise eher unausgesprochen und teilweise heftig artikuliert, das Gefühl weiter, durch das Zusammengehen mit der Union der Häresie schuldig geworden zu sein, mochte der Zweck letztlich auch das Mittel geheiligt haben. Wie auch immer: Weit über parteipolitisches Missbehagen auf beiden Seiten hinaus bildeten die Jahre dieser ungewöhnlichen Allianz das Scharnier im Tor der parlamentarischen Demokratie, das sicheren, komplikationslosen Durchgang von den bürgerlichen Regierungen der Ära Adenauers und Erhards zu den sozialliberalen Koalitionen Brandts und Schmidts gewährte.

Dieser Sonderfall einer parlamentarischen Regierungsbildung, der sich keineswegs als Anomalie erwies, ermöglichte unter dem Schutz seines weiten und soliden Gewandes überhaupt erst Wandlungsvorgänge, was die politische Praxis und das allgemeine Bewusstsein angeht, die sich ohne seine Existenz und Reformfreudigkeit schwerlich so rasch und gründlich, aber auch so geregelt und friedlich, ja so lautlos vollzogen hätten. Die in diesem Zeitraum neu auftauchenden Gefährdungen der Republik, insbesondere das verstärkte Erscheinen der organisierten Extreme auf der Rechten und der Linken des politischen Spektrums, vollzogen sich, im Prinzip jedenfalls, unabhängig vom

Bestand der Großen Koalition. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätten sie sich auch unter jeder anders zusammengesetzten Regierung in der Bundesrepublik Deutschland die Bahn gebrochen. Denn »die totalitäre Versuchung« (Jean-François Revel) gehört nun einmal zum Profil westlicher Demokratien, das sich gerade während der zweiten Hälfte der 60er Jahre in weltweiter Perspektive zu einer nicht selten bedrohlich wirkenden Grimasse verzog.

Ohne Zweifel haben so manche Aktion und so manches Versäumnis der von Kurt Georg Kiesinger geführten Koalition das Anwachsen der außerparlamentarischen Bewegung, die ja im Kern der Dinge antiparlamentarisch orientiert war, begünstigt. Allerdings können über dem erforderlichen Verständnis für das Aufbruchverlangen eines Teils der jungen Generation die damit einhergehenden Gemeinheiten seines Vollzugs auf keinen Fall großzügig übersehen werden. Wenn man daher dem Bundeskanzler jener Jahre vorwirft, er habe, anders als beispielsweise politische Repräsentanten wie Adolf Arndt oder Gustav Heinemann, die Zeichen der Zeit falsch gedeutet und beantwortet, so ist vor dem Hintergrund dessen, was als zeitgemäß zu gelten hat, für die historische Urteilsbildung insgesamt zu berücksichtigen, dass das oftmals zügellose Treiben einer den Umsturz propagierenden Minderheit der vorwaltenden Tendenz nach damals eher abgelehnt als begrüßt wurde. Für den Vorsitzenden der SPD-Fraktion beispielsweise unterschied sich die »Demolierung von Rektoratszimmern oder von Kaufhäusern oder Gewerkschaftsbüros oder Parteibüros ... in keiner Weise ... von dem Verhalten von SA-Trupps heute vor 30 oder 35 Jahren«.¹²

Entscheidend aber bleibt: Die vor allem bei der Bildung dieser Regierung an die Wand gemalten Gefahren für die Republik erwiesen sich im großen und ganzen als maßlose Übertreibungen. Im Gegenteil: Entstehung und Leistung dieses Kabinetts stellten in einem erheblichen Maße die allfällige Tauglichkeit der Bonner Demokratie unter Beweis. Mehr noch: Das Parlament dankte in den Jahren der Großen Koalition, anders als immer wieder befürchtet worden war, keineswegs ab. Vielmehr präsentierte es sich in gewisser Hinsicht der Exekutive gegenüber sogar kritischer und selbstbewusster, als der Bundestag das in mancher Legislaturperiode zuvor getan hatte. Dafür sorgte nicht zuletzt das die Regierung ebenso unermüdlich wie effizient antreibende und kontrollierende Tandem der Fraktionsführer von Union und Sozialdemokratie, Rainer Barzel und Helmut Schmidt. Insgesamt fand also kein Funktionswandel *des* Parlaments statt, wohl aber ein Funktionswandel *im* Parlament.

Häufig standen sich nämlich nicht mehr die Regierung zusammen mit den sie tragenden Fraktionen auf der einen Seite und die Opposition auf der anderen gegenüber: Vielmehr praktizierten die Abgeordneten der Union und der

12 Fraktionssitzung vom 21. Januar 1969 plus Anlage 4 vom 27. Januar 1969, in: Sitzungsprotokolle der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages, 5. WP, Nr. 114, S. 2 (AdSD).

Sozialdemokratie, nicht selten schon im vorparlamentarischen Raum, eine so genannte Bereichsopposition, d. h. sie opponierten, ohne sich grundsätzlich gegen ihre Regierung aufzulehnen, um so intensiver gegen ein einzelnes Gesetzesvorhaben. Oftmals verliefen, fast schon wieder an klassische Muster der Parlamentstheorie und Parlamentsgeschichte erinnernd, die Fronten zwischen der Regierung und dem Bundestag. Angesichts der Tatsache also, dass diese beiden Gewalten, ohne damit von einer Rückkehr zur klassischen Gewaltenteilungslehre sprechen zu wollen, sich in gewisser Hinsicht deutlicher getrennt als zuvor gegenüberstanden, ist Helmut Schmidts pointierte Feststellung über »ein bißchen ... Rückkehr zu Montesquieu«¹³ alles andere als nur eine Schutzbehauptung. Kurzum: Die Republik verkam nicht zur durchweg so gering geschätzten Proporzdemokratie, jedenfalls nicht viel mehr als in der so hoch gelobten Konkurrenzdemokratie. Im übrigen zeigte sich ein um das andere Mal, dass eine Große Koalition nicht einfach von vornherein als undemokratisch abgetan werden kann. Insgesamt bestand die mit journalistischer Emphase als Allianz der Giganten apostrophierte Regierung unter ihrem Kanzler Kurt Georg Kiesinger die Eignungsprobe, nachdem sie aus einer vielleicht stärker herbeigeredeten als tatsächlich existierenden Krise geboren war und sich dem schon seit Jahren erörterten Vorhaben ihrer Bildung die willkommene Gelegenheit geboten hatte.

Die spezifische Konstellation dieses Kabinetts erforderte es, dass die Stärke des Kanzlers, zugespitzt gesagt, mitunter gerade darin liegen musste, schwach zu erscheinen, ohne dass die Kanzlerdemokratie in diesen Jahren der »Kanzleranarchie« der endenden Erhard-Zeit geglichen hätte. Kiesinger besaß durchaus einen ursprünglichen Machtinstinkt, wusste ihn jedoch, um überhaupt Kanzler sein zu können, im Sinne der Aufgabe sehr wohl zu zügeln.

Die bleibenden Leistungen der Großen Koalition liegen vor allem im Bereich der inneren Reformen. Diese waren auf manchen Gebieten bereits vollzogen oder doch zumindest eingeleitet, als Willy Brandt sie 1969 mit fanalhafter Entschiedenheit zum Gegenstand seiner Regierungserklärung machte – und danach in der Praxis ganz konsequent ein außenpolitisch akzentuiertes Regiment führte, das ohne Zweifel historische Wirkung gezeitigt hat. Gerade auf diesem Feld aber, auf dem der äußeren Politik also, erwies sich der Handlungsspielraum der Kiesingers Großen Koalition nachfolgenden Regierung trotz knapper Mehrheitsverhältnisse als beträchtlich. Hier bot sich mithin die Chance, das Für und Wider einer Politik, wie einst zu Konrad Adenauers Zeiten, mit der Person des zielgerichtet Handelnden zu verbinden. Eben dafür gab es jedoch in der schwarz-roten Regierung kaum eine Möglichkeit. Mit anderen Worten: »Eine Natur« im Sinne Goethes konnte gerade das Bündnis

13 82. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Dezember 1966 (Sten.Ber. 5. WP, Bd. 63, S. 3719).

der beiden Großen überhaupt nicht vertragen. Der spezifischen Aufgabe einer solchen »Natur« unterzog sie sich gleichwohl mit Erfolg und bereitete, wie Carlo Schmid es umschrieben hat, im Bestehenden den »umprägenden Durchgang durch das Tor, das in die Zukunft führt«,¹⁴ vor.

In vielerlei Hinsicht waren die Jahre der Großen Koalition entgegen den geradezu grassierenden Befürchtungen alles andere als eine Verfallszeit. Während ihrer kurzen Dauer wurde im stillen manches Neue geschaffen, das die Republik für den Übergang in die 70er Jahre präparierte. Von den weitreichenden Wandlungen und Ergebnissen in der Außenpolitik, nach Westen wie nach Osten hin, einmal ganz abgesehen, benennen allein schon die Stichworte Globalsteuerung und Stabilitätsgesetz, Konzertierte Aktion, Finanzverfassung und Gemeinschaftsaufgaben zukunftsweisende Tätigkeiten. Hand in Hand damit steigerte sich allerdings auch die Hybris der Machbarkeit. Bald schon warf das Überwuchern des technokratischen Denkens, schärfer als zuvor, erneut die Sinnfrage auf. Weit standen der linken Fortschrittsideologie die Türen einer Gesellschaft offen, die sich zu stark auf das Funktionale beschränkt fühlte. Daher wurde auch das auf tiefgreifende Veränderungen aller Lebensbereiche abzielende Schlagwort von der Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft, ja von der Befreiung aus allen Zwängen schlechthin, schließlich so begerig aufgesogen.

Kurt Georg Kiesingers Große Koalition handelte aus der zutreffenden Einsicht heraus, dass eine neue Dekade der sich dynamisch entwickelnden Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft eine angemessene Reaktion erfordere. Daher baute sie nicht zuletzt den Interventionsstaat großzügig aus – teilweise schon so umfassend, dass der volkswirtschaftlich an sich wenig versierte Kanzler bereits im Februar 1967 mit instinktivem Argwohn die zweifelnde Frage aufwarf: »Können wir für das alles, was wir da um uns herum aufgebaut haben, immer die notwendigen Mittel aufbringen, um das zu bewahren?«¹⁵

Nun, erst einmal kanalisierte die neue Regierung, ebenso umsichtig wie geschickt, bereits lange Aufgestautes, das jetzt seine Bahn zu finden vermochte und, zumindest vorläufig, durch Planung zu bereitwillig akzeptierten Fortschritten im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich führte. Vorerst blieben alle diese Entwicklungen auch durchaus überschaubar, bis sich dann, relativ rasch sogar, beispielsweise in den Auswüchsen der Bürokratie, in der verhängnisvollen Verrechtlichung des Alltags und im Überhandnehmen von Sachzwängen, die Kehrseite dieses historisch wirksamen, eben ambivalenten Prozesses unangenehm bemerkbar machte.

14 Carlo SCHMID, *Erinnerungen*, Bern/München 1979, S. 819.

15 Text der Ansprache Kiesingers und der anschließenden Diskussion vor dem Verein Union-Presse in der Beethovenhalle in Bonn am 27. Februar 1967 in: ACDP, NL Kiesinger (01-226-226).

Das alles, Ansehnliches und Unansehnliches gleichermaßen, verbindet sich mit dem Namen des Mannes an der Spitze dieser ebenso komplizierten wie insgesamt erfolgreichen Regierung. Freilich, und das haftet Kurt Georg Kiesinger an, *eine* maßgebliche Ankündigung ihres Programms vermochte die Große Koalition nicht zu verwirklichen, die Wahlrechtsreform. Betrachtet man diese Aufgabe lediglich als Garantie für eine Beendigung der schwarz-roten Zusammenarbeit, dann war, weil das Regierungsbündnis ohnehin auseinandergering, ihre Umsetzung in die Tat schlicht überflüssig. Wenn die Einführung eines relativen Mehrheitswahlrechts aber den Auftakt zu einer neuen Grundlegung der Republik hätte einleiten sollen, dann war das Ausbleiben der Reform ein schweres Versäumnis. Es ist hier nicht der Ort, um über Vorzüge und Nachteile verschiedener Wahlsysteme nachzudenken. So viel aber lässt sich als historischer Befund einfach feststellen: Ein neues Wahlrecht zu stiften, welches vor allem das Ende der dritten, der liberalen Partei mit sich gebracht hätte, war allein schon deshalb unmöglich, weil eine der beiden großen Parteien, um die Regierung übernehmen zu können, gerade in der Fortexistenz der FDP ihren strategischen Vorteil erblickte.

Allerdings, wie könnte es anders sein, Verlässliches kann man über eine nicht zum Zuge gekommene Option der Geschichte nun einmal nicht äußern. Auch in dieser Hinsicht hatte sich Kurt Georg Kiesinger, wie so oft im Zeichen der von ihm geführten Großen Koalition, um das Machbare zu realisieren, in Unvermeidliches zu fügen – zumal seine eigene Partei die Verbindungen zur FDP nicht so intensiv und findig zu gestalten verstand, wie das dem sozialdemokratischen Regierungspartner gelang. In dieser Perspektive ging der große Wahlerfolg der Union vom September 1969 mit dem Verlust der Regierungsmehrheit einher, der gleichzeitig das Ende seiner Kanzlerschaft markierte. Kurt Georg Kiesinger aber zog sich dorthin zurück, woher er gekommen war: Bis zu seinem Tod am 9. März 1988 lebte er wieder in der schwäbischen Provinz, genoss die Distanz zum umtriebigen Bonn und las wie weiland die Alten seinen Plutarch, mit anderen Worten: Die Ämter in Staat und Partei, die er nach und nach aufgab, beschwerten ihn nicht mehr länger. Gespräch und Reflexion standen jetzt ganz im Mittelpunkt seiner beschaulichen Existenz, die ihm Gelegenheit bot, sich mit den von ihm geschätzten Klassikern des politischen Denkens, allen voran mit Platon und Tocqueville, erneut auseinanderzusetzen.

Extremes zu vermeiden und Maß zu halten, beschreibt das Bewegungsgesetz einer parlamentarischen Demokratie wie derjenigen der Bundesrepublik Deutschland. Ihr hat Kurt Georg Kiesinger, ein der europäischen Tradition der vernünftigen Mitte verpflichteter Repräsentant, mit der ihm eigenen Bildung, Urbanität und Eloquenz gedient. Dass Ideen und Macht zusammengehören, war ihm dabei stets bewusst – denn Ideen ohne Macht bleiben, in aller Regel jedenfalls, wirkungslos, und Macht ohne Ideen hat, auf Dauer zumal,

mit Gewissheit keinen Bestand. In diesem Sinne hielt er nur diejenigen zur politischen Führung berufen, so hat er es in der ihm eigenen Mischung aus erfahrungstragender Nüchternheit und staatsmännischem Pathos selber einmal umschrieben, »der ein gelassenes Verhältnis zur Macht und zu den eigenen Möglichkeiten, der Demut und Humor in einem, der illusionslose Liebe zum Nächsten und den Willen und die Kraft zum strengen, entsagungsvollen Dienst am Ganzen hat«. ¹⁶

¹⁶ Kurt Georg KIESINGER, *Ideen vom Ganzen. Reden und Betrachtungen*, Tübingen 1964, S. 31.

